



Ausländische Hoesch-Arbeiter: Telefonkette für bedrohte Kollegen

broschüre, „kostet uns das Milliarden. Aufträge werden stormiert, Touristen und Investitionen bleiben aus.“

Die Arbeitnehmervertreter sorgen sich mehr um das Betriebsklima. Nirgends treffen Deutsche und Ausländer so nah aufeinander wie in den Produktionshallen und Büros der Firmen. Sie tun die gleiche Arbeit, sie stellen dieselben Produkte her. Sie müssen miteinander auskommen.

Doch wie können sie das, wenn sich auf der Straße und am Stammtisch die Feindseligkeit oder gar Haß auf Fremde immer ungenierter artikuliert? Der Betrieb und die Belegschaft, so fordern ausländische Arbeitnehmer, müssen Stellung beziehen. Die Zeit der Mahnwachen sei vorbei, sagt Hella Borgstädt, Betriebsrätin bei Hoesch in Dortmund: „Jetzt müssen Taten folgen.“

Plötzlich überbieten sich die Firmen mit ausländerfreundlichen Aktionen. Beim Otto-Versand, bei Porsche, bei BASF und Knoll verschicken Chefs und Betriebsräte gemeinsam abgefaßte Rundbriefe an die Mitarbeiter mit der Drohung, jeden arbeitsrechtlich zu belangen, der im Betrieb gegen Ausländer hetzt. Uneinsichtige würden kurzerhand entlassen.

Bei Otto flog ein Arbeiter, weil er einen Kollegen „du Türkenshwein“ beschimpft hatte; der Gabelstaplerhersteller Jungheinrich entließ einen Vorarbeiter, der einen Schwarzen angepöbelt hatte. Für die gefeuerten Lehrlinge des Stahlwerks Salzgitter dachte sich der Betriebsrat eine besondere Form der Sühne aus: Wenn sie für mehrere Wochen Hilfsdienste in den Gedenkstätten Auschwitz oder Sach-

senhausen tun, werden sie vielleicht wiedereingestellt.

In vielen Firmen werden Mitarbeiter aufgefordert, jeden Kollegen zu melden, der die Wände mit rassistischen Sprüchen beschmiert, böse Witze reißt oder Parolen verbreitet. Regelmäßig ziehen bei Hoesch Geschäftsleitung und Betriebsrat durch Hallen und Toiletten und überpinseln Seite an Seite wüste Schmierereien.

Die Hoesch-Belegschaft hat eine Telefonkette organisiert, mit der ausländische Kollegen um Hilfe rufen können, wenn sie im Betrieb oder auf der Straße angemacht oder bedroht werden. Preussag-Arbeiter sollen künftig Patenschaften für ausländische Kollegen übernehmen und sich auch außerhalb des Betriebs um deren Familien kümmern. Ford organisiert Stadtteilstunden, damit die Kollegen auch fernab vom Fließband aufeinander zugehen können.

Die Beschäftigten von rund einem Dutzend Hamburger Firmen ließen am Donnerstag vergangener Woche für

Ein Plus für den Fiskus

Ohne ausländische Arbeitnehmer gibt es kein Wachstum

Ohne Ausländer, versichern Unternehmer immer wieder, könne die deutsche Wirtschaft nicht gedeihen. Fast ein Zehntel des westdeutschen Sozialprodukts, so belegt das Institut der deutschen Wirtschaft, wird von Gastarbeitern erwirtschaftet. Das waren im Vorjahr 200 Milliarden Mark.

Wahrscheinlich leben derzeit mehr als sechs Millionen Ausländer in Deutschland. Rund zwei Millionen sind offiziell als Arbeitnehmer registriert. Etwa ein Drittel kommt aus der Türkei, viele stammen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Die Hälfte aller erwerbstätigen Ausländer arbeitet in der Industrie. Beim Autohersteller Opel etwa kommt jeder sechste Beschäftigte aus einem anderen Land. An den Fließbändern arbeiten 4800 Türken.

Viele Ausländer, die zur Mehrung des deutschen Wohlstands beitragen, werden von der Statistik nicht erfaßt – sie arbeiten schwarz. Seit Öffnung der Grenzen in Europa sind auf deutschen Baustellen und in Betrieben viele Polen, Russen, Tschechen und Rumänen tätig – oft zu Hungerlöhnen.

Wer einem regulären Job nachgeht, zahlt Abgaben wie seine deutschen Kollegen. Ausländer überweisen jährlich etwa 90 Milliarden Mark an Steuern und Sozialabgaben, so hat das Esse-

ner RWI-Institut errechnet. Werden Auszahlungen – also etwa Renten – abgezogen, bleibe unter dem Strich ein Plus von 25 Milliarden für den Fiskus und die Rentenkasse.

In den alten Bundesländern sind viele Ausländer inzwischen seßhaft geworden. Etwa 33 000 Türken haben sich bereits selbständig gemacht, wie das Zentrum für Türkeistudien herausfand. Dabei wurden 110 000 Arbeitsplätze neu geschaffen.

Ohne ausländische Arbeitnehmer, so meinen Ökonomen und Manager, sei künftiges Wirtschaftswachstum nicht möglich. Jahr für Jahr, errechnete der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages, seien 300 000 Zuwanderer vonnöten.

Das sieht in Zeiten konjunktureller Flaute etwas anders aus. Viele Ausländer sind auf weniger qualifizierten Arbeitsplätzen beschäftigt, und die werden bei schlechter Ertragslage zuerst abgebaut. Derzeit sind in Westdeutschland etwa 270 000 Ausländer arbeitslos.

Noch ärger hat es die einst gefragten Kräfte in den neuen Ländern getroffen. Dort sind kaum noch Ausländer tätig. Die DDR hat die früher aus Angola, Kuba und Vietnam angeworbenen Werkstätigen größtenteils schon 1990 mit Prämien nach Hause geschickt.